

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. Oktober 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Berammlungs-, Vergütungsinrate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 116

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Jahresbericht und Jahresversammlung der Prinzipalsorganisation, III.

Korrespondenzen: Augsburg. — Berlin. — Stuttgart.

Rundschau: Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. — Nur noch ein lebender Teilnehmer von der Verbandsgründung. — Westpreussische Prinzipalsorganisation. — Papierverschwendung. — Zur Kohlennot. — Zerflüchtungsarbeit in Leipzig. — Vorkarbeit zur Übergangswirtschaft im Baugewerbe. — Kriegsverlechte als Zeiler von Arbeitsnachweisen. — Zusammenfassung der Arbeitsnachweise.

Jahresbericht und Jahresversammlung der Prinzipalsorganisation

III.

Aus dem Geschäftsberichte sei über die Metallvermittlungsfelle kurz erwähnt, daß von April 1914 bis 1. Juli 1917 an Altmaterial 3405599 kg Hartblei, 279376 kg Messing und Bronze sowie 64277 kg Kupfer aus dem graphischen Gewerbe herausgezogen worden sind. Bezugscheine für Neumetalle wurden ausgefertigt über 1538850 kg Hartblei (Setzmaschinen-, Stereotypie- und Schriftmetall), 82670 kg Messing und 48750 kg Kupfer. Die Schriftgießereien haben außerdem über 1542400 kg Fertigfabrikate aus Hartblei (fertige Schriften usw.) Bezugscheine erhalten ohne Gegenlieferung von Altmaterial. Für die Lieferung fertiger Schriften und Messinglinien nach der Schweiz, nach Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen usw. wurden bis zum 1. Juli d. J. 2237 Auslandsfreigabecheine ausgefertigt. Hier sollen die exportierenden Schriftgießereien 110 bzw. 130 Proz. der auszuführenden Menge in gleichartigem Altmaterial zur Einföhrung bringen, die von den Käufern im neutralen Auslande beschafft werden müssen. Es kommt also mehr Material herein, als ausgeführt wird. Bei jedem Bezuge von Neumetall muß die doppelte Menge Altmaterial dagegen geliefert werden, wenn es auch nicht in jedem Falle von der Neumetall verlangenden Firma zu gegeben hat. Im Frühjahr 1917 beabsichtigte das preussische Kriegsministerium die Enteignung eines Teiles der Metallbestände in den Druckereien. Die Metallvermittlungsfelle machte sich anheißig, diese 10 Proz. durch freiwillige Abgabe zu beschaffen, und das Kriegsministerium war damit zufrieden; es mußte aber sofort eine Bestandaufnahme über die verschiedenen, in den Druckereien vorhandenen Metalle vorgenommen werden. Wir haben schon bei Besprechung des vorjährigen Jahresberichts anerkannt, daß das graphische Gewerbe mit seiner eignen Metallvermittlungsfelle besser fährt, als wenn hierfür eine bürokratische Einrichtung mit schlechtem Funktionieren und hohen Kosten geschaffen worden wäre. Das ist für die Kriegswirtschaftsfellen kein gutes Zeugnis.

Der auf der vorjährigen Hauptversammlung zum Ausdruck gekommene Optimismus über die Papierfrage ist in diesmaligen Geschäftsberichten nicht zu finden. Es wird vielmehr in jeder Beziehung Verschlechterung festgestellt. Ein Mitglied in Mannheim hat über 38 Papierfalten eine Gegenüberstellung der Preise vom Juli 1914 und Juli 1917 vorgenommen. Leider fehlen prozentuale Ausrechnungen der gewaltigen Preisunterschiede. Der Geschäftsbericht bemerkt zu dieser Tabelle, es lasse sich daran erkennen, „wie die Papierfabrikanten und -händler es verstanden haben, die Preise in die Höhe zu treiben und zweifelloes Kriegsgewinne dabei zu erzielen, während ihre Hauptabnehmer, die Buchdruckereien, in der überwiegenden Mehrheit mit Verlust arbeiten“. Mit welchen Tricks gearbeitet wird, zeigt sich an der Erwähnung, daß Papierfabriken neuerdings bei Papierbestellungen von Buchdruckereien innerhalb des ihnen zustehenden Kontingents durch eidesstattliche Erklärung einen Nachweis darüber verlangen, daß das verlangte Papier zu Seereszwecken gebraucht wird. Nachdem die Kriegswirtschaftsfelle für das deutsche Zeitungsgewerbe erklärt hat, eine amtliche Verfügung sei hierzu in keiner Weise ergangen, kann man ermessen, wie anmaßend die Papierlieferanten schon geworden sind.

Die seit dem Frühjahr 1917 eingeföhrte behördliche Bewirtschaftung der Druckfarben hat eine weitere Erschwerung gebracht. Die Farbenfabriken faten noch ein übriges, indem sie nicht lange darauf eine besondere Berechnung der Blechbüchsen und -kübel einföhrten, obwohl sie für ihre Erzeugnisse schon sehr starke Verteuerungen einföhren ließen. Die dagegen mit dem Verbands der Steindruckereibesitzer unternommenen Schritte hatten feilweißen Erfolg.

Mit der Walzenversorgung sieht es infolge Beschlagnahme der benötigten Materialien — die Fabriken haben nur den zehnten Teil des Friedensbedarfs freibekommen — und außerordentlicher Preissteigerung für Glycerin und Gelatine sehr schlecht aus. Sparsamkeit und schonendster Umgang mit den Walzen wird als alleiniger Ausweg empfohlen.

Nicht minder übel ist es um die Waschmittel für Druckformen und Walzen bestellt. Benzol und Terpentin gibt es infolge ausschließlicher Verwendung für Seereszwecke und die Kriegsinduskrien gar nicht mehr. Die Ersatzmittel haben sich nicht bewährt. Petroleum und Benzol in ganz beschränkter Abgabe müßten ausbessern.

Die Versorgung mit Schmieröl gefaltet sich ein wenig besser, da der Verbrauch gegen die Friedenszeit an sich schon bedeutend zurückgegangen ist.

Drucktücher und Maschinenband sind im freien Handel nicht mehr zu erhalten. Die angerufene Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsamtts hat auf Anrufung die Lieferung von Material dieser Art in Aussicht gestellt.

Handtücher und Seife müßten bekanntlich geliefert werden von den Geschäftsleitungen. Daß dies jetzt ungewöhnliche Schwierigkeiten bereitet, ist bekannt. Es wird die Lieferung von Ersatzstoffen aus Papierstoffen sowie von Ersatzwaschmitteln als zulässig erklärt. Mit der angeführten Selbstlieferung durch die Arbeiter gegen eine Entschädigung von wöchentlich 25 Pf., zu der man allerdings in einem früheren Stadium verchiedentlich gekommen war, ist aber jetzt nichts mehr anzufangen. Die Angelegtesten können doch nicht noch Geld drauflegen.

In Sachen der Kohlenversorgung werden die frühen Erfahrungen im letzten Winter erwähnt. Die Gefahr einer Benachteiligung in der Kohlenbelieferung für den kommenden Winter schien insofern zu kommen, als das Buchdruckgewerbe bei der vom Reichskohlenkommissar vorgenommenen Aufstellung von 17 Werbegruppen zur bevorzugten Versorgung nicht mit erwähnt war. Mit einer Eingabe an das Kriegsamt zu Ende Juli wurde dieses Recht geltend gemacht. Das Kriegsamt erklärte, die Nichtaufzählung der Buchdruckereien sei nur wegen erleichterter Überficht erfolgt, die Druckereien würden auch vorzugsweise beliefert werden. Der Deutsche Buchdruckerverein hat alsdann das Kriegsamt um entsprechende Anweisung an die Kohlenausgleichstellen der einzelnen Kriegsamtstellen erlucht. Man kann nur wünschen, daß Hoffnung hier nicht zerschanden wird. Aber die Kohlenversorgung werden wir im allgemeinen schwere Bedenken nicht los.

Wie schon mehrfach anerkannt, muß der Leistung der Prinzipalsorganisation auch diesmal eifriges Bemühen in Reklamationsangelegenheiten nachgelagt werden. Es ist bekannt, daß bei uns die Militärbehörden entschieden auf die Anlernung von Ersatzkräften gedrungen haben. Daß diese Stellen sich dabei zu sehr von mechanischen Vorstellungen lösen ließen, kann man bei ihnen entschuldigen, da man ja weiß, daß aus den Reihen der Prinzipalität in nicht seltener alle sachmännliche Beurteilung vermissen lassender Weise zu solcher Aufstellung erst beigetragen worden ist. Im Geschäftsberichte wird die Sache beim richtigen Zipfel gepackt. Zur Einarbeitung von Ersatzkräften sei das Vorhandensein von geeignetem Ausbildungspersonal in genügender Menge die Voraussetzung. In fast allen Betrieben seien die eingerichteten Leute von der Herstellung nur der dringendsten Arbeiten aber so in Anspruch genommen, daß nebenher sich nicht noch die Anlernung von Ersatzkräften ermöglichen lasse. Wir meinen, durch Erwähnung dieser Tatsache wird auch hinlänglich, was der Geschäftsbericht in dem Abschnitt über die An-

stellung und Anlernung von weiblichen und männlichen Hilfskräften von einem Widerstande der Gehilfen dagegen zu sagen weiß. Im Artikel I sind wir dieser Anschauung schon entgegengetreten und können das hier nun als bekräftigt ansehen. Natürlich ist die größere Freigabe von Arbeitskräften überhaupt das Wichtigere. Dahingehende Bestrebungen sind gewesen: Eingabe an das Kriegsamt, daß den Buchdruckereien mit Rücksicht auf die Herstellung von fast nur noch kriegswichtigen Arbeiten das notwendige Stammpersonal belassen werden soll, mögliche Einschränkung der Felddruckereien, alle irgendwie entbehrlichen, nicht selbstdienfähigen Facharbeiter in weitgehender Weise den Betrieben zur Verfügung zu stellen, größere Beschleunigung in der Erledigung von Reklamationsgesuchen. Die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Buchdruckervereins hat monatlich mindestens 300 Reklamationsfachen zu erledigen. Der zweite Vorsitzende ist sogar persönlich beim Kriegsamt wegen dieser Punkte vorfellig geworden. Daselbe hat im allgemeinen wohlwollende Behandlung dieser Erfordernisse zugefagt.

Betreffs des vaterländischen Hilfsdienstes ist schon im Dezember 1916 eine Eingabe an das Kriegsamt gerichtet worden, das gesamte Buchdruckgewerbe in seinem jetzt vorhandenen Bestand allgemein als im Hilfsdienste fähig zu betrachten. Aus grundsätzlichen Gründen ist das abgelehnt worden. Inwiefern die einzelnen Betriebe den Bedürfnissen des § 2 des Gesetzes entsprechen, unterliege der Prüfung der vorgelegenen Ausschüsse; es solle das aber im Einvernehmen mit den Inhabern der Betriebe geschehen und Berücksichtigung berechtigter Forderungen werde in weitgehendem Maß erfolgen. Die Prinzipalsleitung hat wie auch in der Frage der Zusammenlegung der Buchdruckereien, worauf wir in der Hilfsdienstetradik demnachst noch zu sprechen kommen, um den Zusammenhang besser zu wahren, jedenfalls getan, was möglich war. Es ist bemerkenswert, daß der Geschäftsbericht sich über die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse nichts weniger als anerkennend ausläßt. Es sei „die Entscheidung der Schlichtungsausschüsse nach unserm Dafürhalten nicht immer sachgemäß gefället worden“. Verschiedene Fälle seien bekannt geworden, daß die Schlichtungsausschüsse sich lediglich danach richteten, ob dem betreffenden Arbeitnehmer von seinem neuen Arbeitgeber ein höheres Lohnangebot gemacht war. In erster Linie müße es aber darauf ankommen, welcher von den beiden Betrieben als kriegswichtiger anzusehen sei, die reine Lohnfrage sei erst in zweiter Linie zu berücksichtigen. Es wäre auch vorgekommen, daß der Vorsitzende eines Schlichtungsausschusses in Fällen, in denen der Abkehrschein verweigert wurde, vor der Entscheidung von Seiten des Schlichtungsausschusses eine vorläufige Bescheinigung ausstellte, worauf der betreffende Arbeiter anderswo in Stellung trat. „Durch eine derartige Handhabung des Hilfsdienstgesetzes kann allerdings von einer Wahrung auch der Arbeitgeberinteressen durch die Schlichtungsausschüsse nicht die Rede sein“, konstatiert hiernach der Geschäftsbericht. Ob es sich um Fälle von Buchdruckern in den angezogenen handelt, wird nicht gesagt. Wir wissen aber, daß schon Gehilfen der Abkehrschein verweigert worden ist, wo man es nicht für möglich halten sollte. Es wurde auch von uns darüber berichtet (Nr. 104). Buchdruckerlachen kommen wenig vor die Schlichtungsausschüsse; wenn trotzdem die Entscheidungen zumeist zugunsten der Gehilfen ausfallen, dann betrachten wir das als ein Zeichen, daß die Lohnpolitik unserer Arbeitgeber nicht Schritt gehalten hat mit der Entwicklung der Verhältnisse, die aber ausschlaggebend sind und so auch von den Schlichtungsausschüssen bewertet werden. Ob ein Betrieb als kriegswichtiger anzusehen ist, darf schon nach dem Gesetze nicht vorangestellt werden. Nach § 9 ist vielmehr ein „wichtiger Grund“ für das Ausschließen aus einem Betriebe maßgebend, und als wichtiger Grund „soll insbesondere eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienste gelten“, heißt es im Gesetze. Was der Gesetzgeber will, würde also nicht zu seinem Rechte kommen, wenn die Kriegswichtigkeit eines Betriebes ausschlaggebend sein sollte, der doch schlecht-

tere Wohnverhältnisse haben kann. Die Gegnerschaft des Unternehmertums gegen den die Arbeiterinteressen schützenden § 9 ist bekannt. Der Deutsche Buchdruckerverein hat sich durch die Ausstellungen in seinem Geschäftsberichte nun auch dazu geäußert, so daß in Arbeitgeberkreisen das Hilfsdienstgesetz wohl keine Bestürzer und Freunde hat. So drückend für die Arbeiter das Gesetz ist, daß es auch keine guten Seiten hat, ergibt sich aus diesen Darlegungen von neuem. Darum wird man die wegen dieses Gesetzes gegen die Gewerkschaftsleistungen von politisch sonderbündlicher Seite erhobenen Vorwürfe immer wieder als durchsichtige Mache erkennen müssen. Den Interessen des Unternehmertums in die Hände zu spielen, werden klardenkende Arbeiter also nach wie vor ablehnen.

Der Geschäftsbericht weist wie üblich eine gedrängte Einleitung und ein kurzes Schlusswort auf. In den einleitenden Ausführungen werden die Lohnerbhöhungen und Steuerungsanlagen unter Bezugnahme auf die Gesamtsätze der Buchdruckerberufsgenossenschaft an Arbeitern und Wöhnen berechnet, als Ergebnis gelangt die Gesamtsumme von 7042220 Mk. für 1916 zur Angabe. Seitdem hätten sich die der Gesamtarbeiterchaft in unserm Gewerbe bewilligten Steuerungsanlagen noch bedeutend erhöht. Da uns diese Angelegenheit noch speziell für die Buchdruckergehilfen beschäftigt wird, sehen wir hier von weiterem ab. Erwähnung finden auch die in den drei Kriegsjahren gewährten namhaften Beihilfen an die im Felde stehenden Arbeiter und deren Angehörige, die lediglich auf das Inkassenkonto gebucht werden mußten, d. h. Nichtberücksichtigung bei den Druckpreiserhöhungen. Aus der Tarifamtsstatistik haben wir unter Rundschau anerkennend hervorgehoben, daß allein 777 Firmen die höchst respektable Summe von 953358 Mk. ausgebracht haben. Es wird aber ausdrücklich gesagt, daß nicht alle Firmen, die Familienunterstützung gewähren, erfasst sind, und daß in anderer Weise, durch Naturalien, Mietsbeihilfen, Geldpostsendungen, Zahlung der Versicherungsbeiträge usw., noch viel geleistet worden ist. Auch das muß gewürdigt werden, wenn auch die Ungleichheit nicht überleben werden darf, daß den großen Anstrengungen hier selbst von zahlungsfähigen Druckereien eine ziemlich Passivität gegenüberzustellen ist. Innerhalb wird in unserm verhältnismäßig nicht großen Gewerbe (1916 nur 141338 Wollarbeiter) und angeht seiner durch den Krieg sehr ungünstig beeinflussten Lage mehr getan als in manchen andern aufgestellten Industrien mit hohen Kriegsgewinnen. Uns ist aber nicht unbekannt, daß diese anerkennenswerten Leistungen bei unsern Steuerungsanlagen nicht ganz ohne Rückwirkung geblieben sind. Es muß jedoch auch hier zu einem bescheidenen „Mittelmaß“ kommen, damit die Befriedigung nicht so einseitig vorhanden ist. Der Kriegsbeschäftigtenfürsorge wird ferner noch gedacht, mit der sich unser Gewerbe ebenfalls sehen lassen kann.

Das ist das Wesentliche aus den 17 Seiten Geschäftsbericht in der „Zeitschrift“. Es wird damit alljährlich ein Überblick von den Verhältnissen und Vorgängen in unserm Gewerbe gegeben, wie er so konzentriertem Ausdrucks ähnlich nur noch in den Geschäftsberichten des Tarifamts anzutreffen ist. Es gibt das eine gute gegenseitige Ergänzung. Den Tarifamtsbericht drucken wir immer vollständig ab, bei dem des Deutschen Buchdruckervereins muß es auszusgewisse Behandlung tun. Diese 2 1/2 Seiten „Korr.“ finden aber jedenfalls nützliche Verwendung. In nächster Nummer werden wir auf die Heidelberger Verhandlungen eingehen.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

St. Augsburg. (Vierteljahrsbericht.) In der Augustversammlung konnten 14 Kollegen in den Verband aufgenommen werden. Leider haben wir auch wieder den Verlust von drei Kollegen zu beklagen, welche auf dem Felde der Ehre gefallen sind. Die Versammlung erhebt gleichfalls das Andenken des verstorbenen Gauvorstehers Dominé (Frankfurt a. M.). Aus dem vom Kassierer Schmid erstatteten Bericht ist zu entnehmen, daß unser Ortsvereinsvermögen am Schlusse des zweiten Quartals 1107,61 Mk. betrug. Die Zahl der Mitglieder belief sich auf 189. — Die Septemberversammlung hatte sich eines äußerst zahlreichen Besuchs zu erfreuen, waren doch etwa 100 Kollegen anwesend. Auf der Tagesordnung stand u. a. auch: „Stellungnahme zu der am 22. und 23. Oktober stattfindenden Tarifauschussung“. Der Vorsitzende Edelmann wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß durch die fortgesetzt enorm steigenden Preise für sämtliche Lebensmittel und Bedarfsartikel es unbedingt notwendig sei, daß eine Erhöhung unserer Löhne stattfinden müsse, denn mit den jetzigen Löhnen sei nicht mehr durchzukommen. Es gehe nicht an, daß die Buchdrucker schlechter gestellt seien als andre Arbeitergruppen; die Not sei gleich groß. Die Versammlung stimmte einmütig den Ausführungen des Vorsitzenden zu und faßte ihre Wünsche für den Gehilfenvertreter in folgende Entschließung zusammen: „Die fortwährende enorme Steigerung der Preise für Lebensmittel und die täglichen Bedarfsartikel macht es den Buchdruckergehilfen unmöglich, mit ihrem heutigen Lohn auszukommen. Deshalb fordert die am 22. September von etwa 100 Mitgliedern besuchte Versammlung

der Mittgliebschaft Augsburg, B. d. D. B., von Zentralvorstand und Gehilfenvertreter bei den demnächstigen Verhandlungen des Tarifauschusses ein energisches Eintreten für den heutigen Selbstverhältnissen angemessene Löhne. Als zum Inkrafttreten derselben ist eine weitere sofortige ausreichende, gleichzeitige Steuerungszulage auf alle Löhne zu gewähren. Der Stundenlohn bei Leistung von Überarbeit wird nach dem Wochenlohn mit Stützleistung der Steuerungsanlagen ermittelt. Desgleichen fordert die Mittgliebschaft die alsbald in Kraft zu tretende Einreichung von Augsburg unter die Orte mit 15 Proz. Lokalaufschlag. Die Mittgliebschaft verpflichtet sich, Zentralvorstand und Gehilfenvertreter in ihren Forderungen auf materielle Besserstellung der Gehilfenchaft tatkräftig zu unterstützen.“ Unter „Vereinsmitteilungen“ teilte der Vorsitzende der Versammlung u. a. mit, daß eine am 1. September aufgenommene Statistik der Lehrlinge das Ergebnis zeigste, daß seit Mal dieses Jahres die Zahl der Lehrlinge von 59 auf 79 gestiegen sei. Ferner wurden wieder drei Kollegen in den Verband aufgenommen. Auch haben wir wiederum zwei Kollegen durch den Tod verloren. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, immer so zahlreich die Versammlungen zu besuchen, schloß der Vorsitzende die schönverlaufene Versammlung.

Berlin. (Generalversammlung am 26. September.) Die Versammlung nahm zunächst den Vierteljahrsbericht des Vorstehenden Malini entgegen. Nach einem kurzen Überblick über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage, die immer noch keine Aussicht auf baldigen Frieden zeige, ging Redner näher auf die Lage unsres Berufes ein. Auch das letzte Vierteljahr habe wieder gezeigt, daß aus unserm Berufe noch immer Menschenmaterial für den Heeresdienst geschöpft werden kann. Zum Heeresdienst einberufen wären bis jetzt 10372 Mitglieder, von denen 2290 wieder entlassen oder beurlaubt sind. Gefallen oder an Verwendung gefordert seien bis jetzt 838 Kollegen; deren Andenken wurde in der üblichen Weise gelehrt. An Unterstellungen für die Familien der Kriegsteilnehmer wurden bisher 598 350 Mk. ausbezahlt. In wirtschaftlicher Beziehung gäben unsre Zustände zu denken. Die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmärkte würden immer unbilllicher. Die festgesetzten Rationen seien größtenteils nicht zu bekommen. Wer dagegen Geld hat und Phantasiereise anlegen kann, für den sei alles erträglich. Daran leiden wir hier in Berlin. Das merken auch die Kollegen, die aus der Provinz hier zureilen. Viele von ihnen verschwinden recht bald wieder. Ja, selbst Berliner Mitglieder verlassen die Hauptstadt und nehmen in der Provinz zu wesentlich niedrigeren Löhnen Stellung, weil sie dort ein besseres Auskommen zu finden hoffen. Das Buchdruckgewerbe befindet sich hier in Berlin noch in verhältnismäßig gutem Zustand. Es werden zur Zeit 5403 Gehilfen und 343 weibliche Erbschaftkräfte beschäftigt. Die Geschäftslage sei günstig; doch verurliche, der Papiermangel große Schwierigkeiten nicht nur für die Zeitungen, sondern auch für den Werk- und Abgabendruck. Es müsse von den verantwortlichen Stellen verlangt werden, daß für die Beschaffung unsrer geistigen Munition — und dazu ist das Papier notwendig — ebenso entschieden gesorgt werde wie für unsre sonstige Rüstung. Die Frage der Zusammenlegung der Betriebe habe ebenfalls, besonders bei kleineren Prinzipalen, eine gewisse Beachtung hervorgerufen. Sicher werde durch die Zusammenlegung ein großer Teil kleiner Betriebe dauernd verschwinden. Bedenklich stimme auch die Lehrlingsfrage. Der Erfolg der diesmaligen Säulenreklame der Berliner Prinzipale sei zu bezweifeln. Viele Eltern sprechen zurück, wenn sie hören, mit wie geringem Kostgelde sie ihre Söhne während der vierjährigen Lehrzeit erhalten sollen. Aber auch die Ausbildung sei nicht so, wie sie sein müsse. Heute könne sich kein Gehilfe so mit dem Lehrling beschäftigen, wie es im Interesse einer gründlichen Ausbildung notwendig sei. Viele jetzt so unzureichend ausgebildeten Lehrlinge werden nach dem Kriege keine tüchtigen Gehilfen sein können. Erschreckend wäre der hohe Krankenstand. Während sonst 3—3 1/2 Proz. Kranke zu verzeichnen waren, betrage die Ziffer jetzt 7 1/2 Proz. Dabei habe der elterne Zwang, für die Familie zu sorgen, viele Kollegen von der Krankenmeldung zurück. Das liege an den schlechten Ernährungsverhältnissen hier in der Großstadt. Die neunstündige Arbeitszeit bedeute für einen großen Teil der Berliner Gehilfen eine elf- bis dreizehnstündige Arbeitszeit infolge der weiten Entfernung der Wohnung von den Arbeitsstätten. Dazu dann noch Übers- und Sonntagsarbeit; das müsse bei der schlechten Ernährung den Körper herunterbringen. Redner besprach hierauf die Tagesordnung der im Oktober stattfindenden Tarifauschussung. Er riefte am Schlusse dieser Ausführungen die Bitte an den Tarifauschuss, dieser möge als Grundmotiv seiner Beratungen den Satz gelten lassen: „Wer arbeitet, der soll auch essen!“ Die Löhne müßten auf eine solche Höhe gebracht werden, daß dieser Satz verwirklicht werden könne. An Hand des Berichts der „Zeitschrift“ ging Redner dann auf die Heidelberger Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins ein. Zu der dort beschlossenen Resolution gegen die Berliner Steuerungsanlagen wurde bemerkt, daß es Berlin ablehnen müsse, sich vom Deutschen Buchdruckervereine Vorrichtungen machen zu lassen. Aber die Beschäftigung von Erbschaftkräften habe der Gauvorstand vor kurzem eine Statistik aufgenommen, die sich über 293 Firmen mit 4857 beschäftigten Gehilfen erstreckt. Es wurden weibliche Arbeitskräfte beschäftigt im Sanbache 162, im Maschinenlage 39, im Druckerloale 127, als Korrektor 5, als Gießer 5 und in der Stereotypie 5, zusammen 343. Die Einstellung der weiblichen Kräfte scheine großen Schwierigkeiten dadurch zu begehen, daß gebildete Mädchen, auf die doch in erster Reihe reflektiert werde, in andern Berufen eine viel bessere Bezahlung finden. Von den be-

schäftigten Gehilfen seien reklamiert (ohne daß sie bisher eingezogen waren) 794 Kollegen, aus dem Seeresdienste reklamiert oder beurlaubt 1485 Kollegen, zusammen 2279. Arbeitsgefängene und Internierte wären 81 beschäftigt. Die Versammelten waren mit den Ausführungen des Vorstehenden einverstanden und erwarteten im Hinblick auf die bevorstehende Tarifauschussung, daß die Gehilfenvertreter energisch für eine den örtlichen Steuerungsverhältnissen entsprechende Aufbesserung der Löhne eintreten. Die weiteren Tagesordnungspunkte betrafen nur Fragen örtlichen Interesses.

Stuttgart. Mit der Ehrung einer leider recht großen Anzahl gefallener und geforbener Kollegen mußte die Mittgliebschaftsversammlung am 24. September eingeleitet werden. Unter den letzteren befindet sich der im Alter von 65 Jahren verstorbene Kollege Joseph Mehner, der außer dem Posten des Gauvorstehers die verschiedensten Ehrenämter innehatte und bis zu seinem Tode reges Interesse für die Organisation bezeugte. Unter „Vereinsmitteilungen“ berichtete der Vorsitzende über die Einführung der Frauenarbeit im Buchdruckgewerbe. Gegen die Art und Weise, wie sie am hiesigen Orte besteht, indem unter Nichtbeachtung der tariflichen Bestimmungen ohne jede vorherige Genehmigung Erbschaftkräfte eingeleitet wurden, mußte Einspruch erhoben werden. Bei ihrer Heidelberger Tagung habe die Prinzipalität in einer Resolution auch Stuttgart unter den Orten benannt, wo die Gehilfen seit Abschluß der letzten Steuerungsanlagen weitere „Forderungen“ erhoben hätten. Weil am Orte rein gar nichts davon bekannt war, mußte man über den Umweg Leipzig—Berlin das Geheimnis lösen, um der Mittgliebschaft habhaft zu werden. Ebenso erkaunt wie die Vereinstellung waren die Gehilfen der Firma Grünhager, als bekannt wurde, daß sie das Kapitalverbrechen begangen haben sollten. Der Krieg mache die Menschen nervös; aber selbst diesen Milderungsgrund zugegeben, sei nichts passiert, was auch nur den leisesten Tadel verdiene. Die Sache liege so: Einzelne Gehilfen haben um Zulage gebeten, sind aber abgewiesen worden mit der Begründung, das Geschäft könne einen Mehraufwand nicht vertragen usw. Eines Tages haben die Gehilfen in ihrer Not den Vertrauensmann, daß er versuchen möge, den Prinzipal mitler zu stimmen. Von unsulastigen „Forderungen“ keine Spur! Kein Einwand des Prinzipals, daß das Vorgehen zu bemängeln wäre! Und das solle im Zeichen der Carlsgemeinschaft nicht statthaft sein? Das glaube doch im Ernst kein Mensch! Die Carlsgemeinschaft wäre am Ende und würde hinter dem Zeitwagen herhinken, wenn es nicht mehr statthaft sein solle, während der Tarifperiode um eine Zulage beim Prinzipal vorzusprechen. Die Verlängerung der Resolution durch den Namen Stuttgart wäre nicht klug gewesen und sei wieder ein Zeichen von Gerechtigkeit und Überlebens. Die Schwerarbeiterzulagen wurden mit Ausnahme von zwei Korrektoren allen darum nachsuchenden Kollegen bewilligt. Aber „Zusammentritt des Tarifauschusses“ sprach Kollege Klein in ausführlicher Weise. Die gewährten tariflichen Ausnahmen (Erbschaftkräfte, Lehrlingskassa usw.) machen Verhandlungen notwendig, ganz besonders aber erhebliche die schlimme Lage der Gehilfenchaft durchgreifende Maßnahmen. Die Durchschnittsteuerungsanlagen bedeuten eine 18—20prozentige Erhöhung, während die Prinzipale bei Berechnung von Drucksachen 40—50 Proz. Lohnsteigerung einstellen. Die Lebensmittel und Bedarfsartikel aber seien um 100—200 Prozent gestiegen. Der Lokalaufschlag für Stuttgart wäre durch dessen Einreichung in Carlsschule A schon vor sechs Jahren notwendig gewesen. Die Tarifamtsstatistik zeige, daß nur wenige Buchdrucker an die Löhne der meisten andern Berufe heranreichen. Die Gehilfenvertreter und der Verbandsvorstand würden ihre Pflicht tun; was recht und billig sei, müsse der Gehilfenchaft unter allen Umständen werden. Die lebhafteste Diskussion förderte eine Fülle von Anregungen und Wünschen zulage. In den Vordergrund wurde jedoch die Stebung der materiellen Lage der Gehilfen gestellt und betont, daß auch das Buchdruckgewerbe, trotzdem es keine Kriegsindustrie sei, noch so viel Nutzen abwerfen müsse, um die Gehilfen nicht noch weiteren großen Entbehrungen auszulehen. Von einer Entschließung wurde Abstand genommen und die vorgebrachten Wünsche und Forderungen dem Gehilfenvertreter als Material für die Verhandlungen auf den Weg gegeben. Mit einem Appell an die Kollegen, in nächster Versammlung noch zahlreicher zu erscheinen, fand die eindrucksvolle und aufbelebte Versammlung ihr Ende.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. Sämtliche Buchdrucker, einschließlich der Lehrlinge, in Neuenburgsdorf i. S. find, nachdem ein früheres Gesuch an die Amtshauptmannschaft abschlägig beschieden worden war, nun doch als Schwerarbeiter anerkannt worden und erhalten infolgedessen 1 Pf. Brot mehr, also 5 Pf. wöchentlich. — Das technische Personal der Firma Fr. W. W. Ruhfus in Dortmund erhält, wie uns von der Geschäftsleitung mitgeteilt wird, die Zulagen als Schwerarbeiter schon seit längerer Zeit. Die Firma ist als Rüstungsbetrieb und als kriegswichtig anerkannt. Den Bemühungen der Geschäftsleitung gelang es nunmehr auch, die Rüstungsarbeiterzulage für ihre Arbeiter zu erwirken. Sämtliche Seher und Maschinemeister erhalten diese Vergünstigung.

Nur noch ein lebender Teilnehmer von der Verbandsgründung. In dem dem „alten Kluffig“ gewidmeten Nekrolog (Nr. 112) sagten wir, nach Kluffigs Heim-

gange wären nur noch zwei Kollegen vorhanden, die den Verband im Jahre 1886 auf dem ersten Buchdruckeritag in Leipzig mit aus der Taufe hoben. Das diese beiden noch lebenden Delegierten Kunde helfen und beide in Leipzig als Verbandsintendanten ihren Lebensabend verbringen, erwähnen wir als besonders Umstand. Das ist jedoch nicht richtig. Der eine, Georg Kunze, ist nämlich in diesem Frühjahr verstorben. Es lebt also nur noch Max Kunze als einziger Teilnehmer an der Verbandsgründung. Kassenführer hält der alte Herr weiter durch, damit die bis nach dem Kriege verübene Verbandsjubiläumstagung in Leipzig für die Bestellung eines Mitgründers unserer Organisation erlernen kann.

Welpreuthische Prinzipsatzungen. Die im März d. J. in Danzig zu einem Verein zusammengetretenen welpreuthischen Kreisblattverleger hatten, wie wir aus Berichten der Tagespresse erfahren, am 23. September in Marienburg ihre erste Hauptversammlung. Von 25 Mitgliedern waren 19 anwesend. Den Vorstand bilden die Herren Hoffmann (Platow), Vorsitzender, Brandenburg (Neufchad), Kassenführer, und Ehlers (Karlsruhe), Schriftführer. In den sehr eingehenden Verhandlungen kam zum Ausdruck, welche große Spannung die gegenwärtige Zeit in Folge erheblicher Zunahme der amtlichen Bekannntmachungen an die Kreisblattverleger stellt, ohne daß vielfach die hierfür vertragmäßig gewährte Entschädigung als auch nur einigermaßen zureichend angesehen werden könne. Eine fünfgliedrige Kommission wird das ihr diesbezüglich zugehende Material zusammenstellen als Unterlage für neue Vertragsabschlüsse, die den veränderten Verhältnissen mehr entsprechen. Als nächster Tagungsort wurde Königs ausgerufen. Am folgenden Tage tagte, ebenfalls in Marienburg, die seit sechs Jahren bestehende, 37 Mitglieder umfassende Ostpreussische Buchdrucker-Verseinerung, deren Verhandlungen im wesentlichen den Papiermangel, die außerordentliche Steigerung der Preise für Papier, andere Materialien und Löhne und die daraus sich ergebende Erhöhung der Druckpreise, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Betriebe und Vorkehrungen zur Friedenswirtschaft zum Gegenstand hatten.

Papierverschwendung. Eine geharnischte Philippika gegen die bei Behörden übliche Papierverschwendung ließ das „Bayerische Vaterland“ unlängst vom Stapel. Grund dazu bot ein vom bayerischen Finanzministerium an sämtliche Postämter des Landes gerichtetes Schreiben über den Mißbrauch von Gelpfen. Obwohl von den etwa 400 Postämtern nicht mehr als vier oder fünf in Betracht kommen, wurde jedes Schreiben an sämtliche Ämter gerichtet, also vervielfältigt, ausgefertigt, mit Umschlag und Marke versehen usw. Derselbe Vorgang wiederholte sich natürlich bei der Beantwortung des Schreibens durch die 400 Postämter, so daß es wohlbedeutend erschien, einmal die Frage aufzuwerfen: Wer verschwendet am meisten Papier? und darauf zu antworten: der heilige Bureaukratie! Was in Bayern in dieser Beziehung passiert, kommt auch in sämtlichen andern Bundesstaaten noch tagtäglich vor; ja vielleicht noch in viel größerem Umfang. Dabei kann man sogar beobachten, daß gerade jene Behörden, die fortwährend Verordnungen gegen die Papierverschwendung erlassen und den Zeitungen beim Papierbezug immer neue Schwierigkeiten bereiten, am meisten Papier verschwenden. Einen Begriff davon bekommt man, wenn man den wohl in jeder Familie vorhandenen Stoh verfallener Lebensmittel- und Kohlenkarren sowie anderer einschlägiger Drucksachen betrachtet und sich vergegenwärtigt, wie viel Tausende von Sentnern im ganzen Reich in Gestalt von Karton und Papier hätten besseren Zwecken nutzbar gemacht werden können.

Zur Kohlennot. Ähnlich wie mit der Papierverschwendung liegen die Dinge mit der nicht seltenen Verpönerung von Kohlen zu unproduktiven Zwecken, worunter wiederum die Papierfabrikation auf empfindlichste zu leiden hat. Aber einen besonders krassen Fall von Kohlenverschwendung konnte die „Wiener Arbeiterzeitung“ kürzlich folgendes berichten: Am 25. August d. J. wartete im Lokalbahnlokal St. Wolfgang der Salzburger Lokalbahn-Aktien-Gesellschaft ein Separatzug, bestehend aus Lokomotive, Gepäckwagen und Salonwagen, Zugführer usw. in großer Gala, zwei Tage unter fortwährendem Dampf, weil der Präsident und der Verwaltungsrat, der erste ein Herr als Mündchen, der andre ebenfalls aus Bayern (Rosenheim), auf den Schahberg fuhren. Dazu hatten die Herren für die Reize Salzburg—St. Wolfgang, die mit dem Schnellzug anderthalb Stunden, mit dem Personenzug zwei Stunden dauern, einen Separatzug nötig, der zwei Tage warten mußte, um die Herren wieder nach Salzburg zu bringen. Außerdem benötigten selbige Herren für die Fahrt Schahbergstation St. Wolfgang—Stroh (eine halbe Stunde Fahrzeit) einen Separatdampfzug. Wenn die Gemüthlichkeit bestünde, daß berartige Fälle von Verschwendung schwarzer Diamanten vereinzelt vorkommen, müßte das noch bingehen. Aber wir sind überzeugt, daß auch auf diesem Gebiete sich so viel ereignet, was volks- und kriegswirtschaftlichen Interessen direkt ins Gesicht schlägt, daß in der Presse nicht ernstlich genug dagegen Front gemacht werden kann.

Zerstückungsarbeit in Leipzig. Die in unsern Artikeln gegen die „Leipziger Volkszeitung“ mehrmals gestreifte Gewerkschaftsverbündung durch die Volkszeitungsleute soll nun ihre „Krönung“ finden durch Gründung eines „Unabhängigen Gewerkschaftskartells“, dem alsbald die Einrichtung eines „Unabhängigen Arbeitersekretariats“ folgen wird. Am 1. Oktober haben die Funktionäre verschiedener aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell ausgeschleierter Organisationen — also nicht sämtliche von den abgeforderten haben — für gut befunden, die Zerstückung der Leipziger Arbeitererschaft vollständig zu machen. Dem-

gemäß rufft nun eine namenlose Kommission die freigeberisch organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen auf, in ihren Organisationen zur Gründung eines zweiten Kartells Stellung zu nehmen. Dieser Schritt unheilvoller Berranntheit übertrifft nicht, nachdem man im August in den erweiterten Kartellverhandlungen von den Wortführern der ausgeschleierten Gewerkschaften den Zweck der Übung mit einer Schrupplosigkeit ausgesprochen hörte, als wäre das höhere Ziel der Arbeiterbewegung nur noch die Zerstückung und Selbstzerstückung. Ja, einer dieser Gewerkschaftsvertreter — bezeichnetenweise war es ein Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ als Metallarbeitervertreter — erklärte mit der größten Ungenauigkeit, daß die Arbeitersekretäre und Soudos viel Gewerkschaftsvorstände von ihren Posten entfernt werden müßten. Die neuentdeckte „Generalkommissionspolitik“ ist nur eine Verbrüderung für den politischen Untergrund des ganzen Staates: die Spaltung der Sozialdemokratie. In Leipzig ist die unabhängige Richtung oben und verlangt nun mit einem nur an der Stelle möglichen Terrorismus, daß alles nach dieser Weise laufe. Die Leitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Leipzig hat sogar förmlich dekretiert, daß die Mitglieder der alten Partei als „Gegner der Klassenbewussten Arbeitererschaft“ anzusehen sind, und daß in gemeinsame Ausschüsse mit dem Kartell dieses nur Mitglieder der Unabhängigen Partei delegieren dürfe. Eine solche Annahme hat der Kartellvorstand entschieden zurückgewiesen und mit Recht erklärt, daß das Kartell seinem Statut und seiner Praxis gemäß sich nicht darum kümmern darf, ob und wo die Mitglieder der ihm angeschlossenen Gewerkschaften politisch organisiert sind und wen diese mit ihrer Vertretung im Kartell betrauen. Schon in den Augustverhandlungen war den Vertretern der Politikierung des Kartells kräftig bedeutet worden, daß die Parteipolitik auch weiter ferngehalten werden müsse. Demgemäß würde ein Zusammenwirken zwischen beiderseitigen Vertretern bei bestimmten Einrichtungen für die Allgemeinheit der Leipziger Arbeiter nicht mehr möglich sein, nachdem von der andern Seite der Geheiß der Unabhängigen aufgerufen worden ist. Er soll nach dem jetzigen Aufruf aber nun auf der ganzen gewerkschaftlichen Linie respektiert werden. Die drei Kartellverhandlungen im August haben nach hiesigen Beobachtern, die auf der Seite der Ultras eine schreckliche gewerkschaftliche Anleihe wie blinde Gefolgschaft der „U. V.“ erkennen ließen, einen Ausgang gehabt, daß die gewerkschaftlichen „Neurotiker“ in der Minderheit blieben. Es wäre aber besser gewesen, man hätte ihrem Begehren stattgegeben und noch ein viertes Kartell veranstaltet. Dann wären nach den Eintragungen in die Rednerliste nur noch Kartellanhänger zum Worte gekommen und das Ende wäre eine schwere Niederlage der Volkszeitungsleute gewesen. Inzwischen haben weitere Treibereien zum Austritt aus dem Kartell, stattgefunden. „In einer großen Organisationsfrage hat man sogar die Namen von Mitgliedern zur Einberufung einer Versammlung gemißbraucht, die davon gar nichts wissen wollen. Einer der Unterzeichner war sogar im Felde gefangen! So wird mit allen Mitteln gearbeitet. Einige Gewerkschaften haben seitdem den Austritt gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Bestimmungen sonst erfolglos zumell in schlechtbesetzten Versammlungen. Am schlimmsten sah es bei den Metallarbeitern aus, die im April den Reigen eröffneten; hier soll nur ein knappes halbes hundert Mitglieder für den Austritt gestimmt haben. Bei etwa 7000 Mitgliedern ist das eine ganz wunderbare Demokratie. Das zwei Mitglieder der Metallarbeiterorganisation Redakteure an der „U. V.“ sind, erklärt vieles. Warum aber nur die Metallarbeiter, die jetzt die Führung bei der gewerkschaftlichen Zerstückung Leipzigs haben — mit Ausnahme zweier mittlerer Organisationen sind bisher nur kleinere ausgeschleiert —, vor Jahren schon einmal aus dem Kartell ausgeschleiert sind, wo sie doch mit der „Generalkommissionspolitik“ damals nicht operieren konnten? Das abgekartete Spiel ist längst durchschaut; man hat vor Wochen schon gehört, wer der kommende Mann als richtiger Arbeitersekretär sein soll. Das das Leipziger Arbeitersekretariat anerkanntermaßen auf arbeitet, wissen die Beschwörer von Strohtrupp in den Gewerkschaftsversammlungen sehr wohl, weil aber die verbliebenen Sekretäre Mplau und Lütlich sich nicht der Selbsterhaltung unterwerfen, soll auch diese wertvolle Einrichtung in Trümmern gelegt werden. Aber es ist ja nicht mit dem Wollen allein getan; auch in Braunschweig, wo es nächst Leipzig am tollsten hergeht, ist man nicht zum Ziele gelangt. In den Leipziger Gewerkschaften wird und muß sich eine Mehrzahl finden, die der aus rein politischen Motiven hergeleiteten Zerstückungsarbeit Einhalt gebietet. Das Unternehmertum wie alle arbeitserfindlichen Kreise können aber schon jetzt triumphiert, daß es bereits so weit gekommen ist, denn in einer für die Arbeitererschaft denkbare glänzigen Situation deren Geschlossenheit aus purem Fanatismus untergehen zu sehen, das ist mehr als bares Geld für sie. Das in Leipzig das Organisationsverhältnis der Metallarbeiter nicht über 26 Proz. hinausgeht, der Aberradikalismus aber in hochgradige Gelbtheit bei einem wohl nicht kleineren Teil umgeschlagen ist, und die Arbeitsverhältnisse in der Leipziger Metallindustrie bis Ende April d. J. angesichts der sehr günstigen Zeitumstände als geradezu schlecht bezeichnet werden müßten, kann man mit Wahrscheinlichkeit als den Kurs betrachten, den die von den Volkszeitungsleuten „neurotisierte“ Leipziger Gewerkschaftsbewegung einschlagen wird. Die andern Organisationen (45) aber müssen in Wahrung ihrer Selbstständigkeit wie in Respektierung der Demokratie ihre Taktik weiter danach einrichten, wie ihre Verbandstage es beschließen. Wenn sie daher auf die Revolution der gekreuzten Arme und auf Putsch, von denen niemand

wissen will, von wannen sie kommen, von denen man aber weiß, wohin sie führen, verzichten, so wird ihr Vormarsch auf andern Wegen, wozu auch planvolle Streiks als unvermeidliches Mittel gebühren, dennoch erfolgreich und vor Rückschlägen gesicherter sein. Die Gewerkschaften dürfen sich nicht ebenfalls um Jahrzehnte zurückwerfen lassen, weil es in der politischen Arbeiterbewegung, zu der sich jeder stellen mag, wie er will, von Keulen, die nichts aus der Entwicklung gelernt haben, jetzt nach der Schernacher Springprozedur geht.

Vorarbeit zur Übergangswirtschaft im Baugewerbe. Die Gewerkschaften des Baugewerbes gehören zu den Arbeiterorganisationen, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, an der Bewältigung aller Fragen der Übergangswirtschaft tatkräftig mitzuwirken. Um diesem eigentlich selbstverständlichen Ziele näher zu kommen, haben sich 16 Verbände der am Baugewerbe interessierten Arbeiter mit einer Eingabe an das Reichswirtschaftskartell gewandt, die eine Anzahl von Vorschlägen für die Übergangswirtschaft enthält. Als letzten Vorschlag spricht diese Eingabe den Wunsch aus, daß der Reichszentrale für Übergangswirtschaft eine besondere Abteilung für das Baugewerbe angegliedert werden möge, in der neben Arbeitsgebern und Vertretern der Bauökonomie sowie der öffentlichen Arbeitsnachweise auch Arbeitervertreter Aufnahme finden.

Kriegsverleste als Leiter von Arbeitsnachweisen. Der Landeskulturrat für das Königreich Sachsen beschloß im Hinblick auf den auch nach dem Kriege zu erwartenden Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern, zahlreiche Arbeitsvermittlungsstellen im Land einzurichten, zu deren Leitung hauptsächlich Kriegsverleste in Betracht kommen sollen.

Zusammenfassung der Arbeitsnachweise. Die Frage der Arbeitsvermittlung steht, je mehr sich der Weltkrieg seinem Ende nähert, bei fast allen öffentlichen Körperschaften mit im Vordergrund der Erörterungen. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß bei der Zerissenheit der Arbeitsnachweise eine geordnete Arbeitsvermittlung nach dem Kriege den allergrößten Schwierigkeiten begegnen. Alle Veruche, die bestehenden Arbeitsnachweise zu zentralisieren, scheiterten aber am Widerstande der Unternehmer, die nach wie vor die von ihnen errichteten Nachweise als ein Kampfmittel gegen unbehagliche Arbeiter benutzen wollen. Neuerdings hat sich nun in den Kreisen der Unternehmer eine Schwankung vollzogen. Die sächsische Regierung verfolgt die Absicht, dem Landesverbande der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise unter Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitsgebern in gleicher Anzahl einen Ausschub als Beirat anzuzulernen. Dem Ausschusse sollen alle Fragen, die das Zusammenarbeiten der öffentlichen Arbeitsnachweise sowie die der Fachnachweise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreffen, zur Beratung und eventuellen Beschlußfassung überworfen werden. Zur Beipredung des ausgearbeiteten Entwurfs berief die genannte Regierung die Vertreter der beteiligten Korporationen am 27. September in das Ministerium des Innern. Hier wurde mit einigen Änderungen der Satzungen dem Plane zugestimmt.

Werschiedene Eingänge.

• **„Typographische Jahrbücher.“** Herausgegeben von Schickum für Buchdruckerei Leipzig, Heft 38, Jahrgang 1917. Preis pro Jahrgang 12 Mark, 20 Mark. Diese Jahrbücher, aber unfrüher auf den Höhe der Zeit gebildete Fachzeitschrift bringt in ihrer vorliegenden Nummer unter ihren wohlgeordneten Druckmeisterarbeiten auch einen ganzseitigen Komplementärabdruck des Büchleins Philipp Schickumans in geliebter Ausführung und widmet in ihrem letzten Teile zugleich dem in der Heftzeit sehr viel genannten hervorragenden Politiker und Berufscollegen einen Artikel allgemein interessierender Inhalts. Es zeugt von einer guten Beobachtungsgabe des dem Kollegen Schickumans politisch fernstehenden Verfassers, wenn er in dem Gedenken gewissermaßen die Lehren der gewerkschaftlichen Richtung mit ihren realen Zielen erörtert. Freilich glauben wir nicht, daß Philipp Schickumans nach dem Kriege genügend Zeit haben wird, seine Kraft in dem vom Verfasser des Artikels gewünschten Umfang einzusetzen zur Befestigung und zum Ausbau auch des gewerkschaftlichen Gedankens. Der beständige Mangel an befähigten und sachkundigen Führern ist ja ohnehin auf politischem Gebiete ebenso groß, wenn nicht noch größer, als auf gewerkschaftlichem. Damit soll natürlich gegen die von Herrn Müller betonte Notwendigkeit, den Frieden im Gewerbe nach dem Kriege höherer der gewerkschaftlichen Richtung zu erhalten, im allgemeinen nichts gesagt sein. Im Gegenteile, diese Notwendigkeit liegt uns ebenso am Herzen wie ihm und soll auch unsererseits stets bester Förderung finden. Was sonst noch in dem Artikel der „Typographischen Jahrbücher“ über Schickumans Buchdruckerfabrikation gesagt wird, kann des Interesses wegen Berufsgenossen selber lesen.

Briefkasten.

J. W. K. in A.: Ihre Karte hatte sich in andres Material verfahren. Wenn Mißverständnisse vorliegen sollten in der Sache, so werden Sie aus einer Briefkastennotiz in Nr. 110 und unter Anmerkung zum Bericht aus Herford in Nr. 112 entnehmen können, daß wir diesen ja nach Möglichkeit beggneten. Wenn Sie die Stellen nachlesen, wird es mit der Klarheit aus sein. — **G. Schl. in B.:** Für längere erhaltenen neue Zeitung bitten Dank. — **H. G. in B.:** Was wird denn alles in allem ein großer Zug unter den heutigen Verhältnissen? Das freut uns um so mehr. — **S. M. D. in B.:** Sentil ist danach gar kein Verlangen, indem was hat man nicht, um heutigentags etwas Selbstbestimmtes zu erreichen. — **M. G. in B.:** In die sehr Schmachtreueherbeiz der der Sinn für Honorar nicht ganz verloren gehen; die besondere Jungelung in dem schulummernden Wissen dürfte sich in der befristigender Weise äußern — oder noch nicht? — **B. K. in G.:** Warten ab. — **Br. D. aus B.:** Ja, das war doch endlich einmal eine Spur. Darob freude in Trojas Fällen. Die Anspuchung ist, daß man gesund dabei bleibt, wenn es dort wie hier auch schwer fällt. — **G. M. und G. B. in G.:** Nun, da ist doch gut kein! Haben uns getraut. — **S. S. in G.:** Schön, wird gemacht. — **G. B. in G.:** Die Statistik des Tarifamts von 1917 wollen Sie vom Tarifamt, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, bestehen. — **G. C. in U.:** 1. Durch A. Slegel, Leipzig 8, Villenstraße 17 B. 1. Durch G. A. Brodhaus, Leipzig, Technik der bunten Abdrücke. — **G. M. in Berlin:** Bis zu 21 Jahren 31,25 M., von 21 bis 24 Jahren 32,50 M., über 24 Jahre 34,38 M. Diese Sätze verhalten sich ohne Zulagenzulagen und Kriegszulagen. — **S. D. in Leipzig:** 2,45 M. — **G. B. in Stuttgart:** 2,15 M. — **H. G. in Hamburg:** 2,45 M. — **G. B. in Stuttgart:** 2,60 M.

